

AfD Fraktion lehnt zusätzliches Asylbewerberheim in Lechhausen ab Stadträte dringen auf gleichmäßige Verteilung im Stadtgebiet

Die AfD Fraktion im Augsburger Stadtrat spricht sich gegen ein weiteres Asylbewerberheim im Stadtteil Lechhausen aus. Letzte Woche wurden Pläne bekannt, ein leerstehendes und schwer vermietbares Gewerbegebäude im Lechhauser Industriegebiet in ein solches Wohnheim umzuwandeln. Die Lechhauser Stadträte Thomas Lis und Markus Bayerbach sowie Thorsten Kunze aus der Firnhaberau sehen durchaus die Notwendigkeit, Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten und politisch Verfolgten angemessene und menschenwürdige Zuflucht zu geben. Lis, der Fraktionsvorsitzende der AfD, verweist aber auch darauf, „dass wir in Lechhausen bereits in vielen Bereichen Unterstützung leisten. Die Asyl-Erstaufnahmeeinrichtung am Flugplatz, das geplante Asylbewerberheim in der Zusamstraße, sowie die geplanten Unterbringungen jeweils in der Schillstraße und der Berliner Allee sind ein großer Beitrag für die anstehenden Aufgaben zum Thema Asyl in Augsburg.“

Da ja Lechhausen auch beispielsweise mit der Müllverbrennungsanlage, dem Gaskraftwerk oder dem Asphaltmischwerk unverhältnismäßig große Lasten für die Gesamtstadt zu tragen hat, fordert die AfD den Sozialreferenten auf, eine gleichmäßige Verteilung neuer Asylbewerberheime auf die verschiedenen Stadtteile vorzusehen. Lis stellt weiter die Frage, ob überhaupt noch Bedarf an weiteren Plätzen bestehe. „Regierungspräsident Scheufele stellte mehrfach deutlich in Aussicht, dass bei einer Zustimmung der Augsburger zu der Erstaufnahmeeinrichtung am Flugplatz, die dort geplanten 500 Bewohner schnellstmöglich auf das in Augsburg aufzunehmende Kontingent angerechnet würden. Somit müssten die aktuell vorhandenen Plätze in Augsburg doch ausreichen und weitere Einrichtungen nicht benötigt werden.“

Lis verweist aber auch darauf, dass die AfD die Stadtregierung auch in der Pflicht sehe, die Ursachen der stetig steigenden Asylbewerberzahlen anzugehen. „Wir haben hier Landtagsabgeordnete im Stadtrat, direkten Draht zu Bundestagsabgeordneten und auch Herr Dr. Gribl muss seinen Einfluss im Städtetag geltend machen. Es gilt hier alle Hebel in Bewegung zu setzen um eine gleichmäßigere und der geltenden Gesetzeslage entsprechende Verteilung von Asylbewerbern auf die ganze EU zu erreichen. Man kann sicherlich sehr gut Schutz vor Verfolgung auch in anderen Ländern der Union finden. Weitere wichtige und dringende Maßnahmen sind schnellere, und damit menschenwürdigere, Asylverfahren und konsequente Abschiebung von abgelehnten Bewerbern. Nur so kann man den Menschen sinnvoll und würdig helfen, für die unsere Asylgesetzgebung gedacht und gemacht ist.“

Alles andere konterkariert die Akzeptanz von Asylbewerbern bei der Bevölkerung. Die aktuelle Entwicklung bei den sogenannten Montagsdemonstrationen zum Beispiel in Dresden zeigt dies deutlich auf.